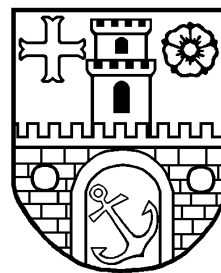


Stadt Varel  
Der Bürgermeister



## **Resolution des Rates der Stadt Varel**

zur Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership – EU/USA) sowie zum Handelsabkommen CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement – EU/Kanada) und TiSA (Trades in Services Agreement – multilaterales Dienstleistungsabkommen)

Der Rat der Stadt Varel fordert die Bundesregierung sowie den Bundestag und den Europäischen Rat auf, sich im Zuge der Verhandlungen der EU über die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (Transatlantic Trade and Investment Partnership, TTIP) mit den USA sowie zum Handelsabkommen CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement – EU/Kanada) und TiSA (Trades in Services Agreement – multilaterales Dienstleistungsabkommen) uneingeschränkt und mit allem gebotenen Nachdruck für die Interessen der kommunalen Selbstverwaltung einzusetzen.

Die bisherigen Verhandlungen wurden weitestgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt. Alle Verhandlungsdokumente sind geheim, weder die Position der Europäischen Kommission noch jene der USA sind bekannt. Nicht einmal die EU-Abgeordneten und die Bundestagsabgeordneten haben uneingeschränkten Zugang zu den Dokumenten. Diese Intransparenz erhöht das Misstrauen in die Verhandlungsführung der EU-Kommission und untergräbt die demokratischen Grundsätze. Der Rat der Stadt Varel fordert deshalb, dass die Verhandlungen unter größtmöglicher öffentlicher Beteiligung zu führen sind. Die Dokumente sind für alle Bürgerinnen und Bürger offen zu legen.

Im Hinblick auf die vermutlich umfassenden Auswirkungen des Abkommens ist sicherzustellen, dass die Kommunen auf allen Ebenen (z. B. durch Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände) bei der Entscheidungsfindung einbezogen werden.

Für Vereinbarungen, die in die staatliche und kommunale Regulierungshoheit eingreifen, bedarf es Standards der öffentlichen Beteiligung und der demokratischen Mitwirkung, auch wenn es sich hier um ein internationales Abkommen handelt. Deswegen fordert der Rat der Stadt Varel die Einbeziehung der Öffentlichkeit sowie eine umfassende Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände.

Gerd-Christian Wagner  
Bürgermeister